

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

19.12.1928 (No. 297)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Verleger:
Dr. 988
und 984
Postfachstelle
Karlsruhe
Nr. 3516

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Sprecher:
E. Knecht
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2,25 RM, einjährig 25 RM, halbjährig 13 RM, vierteljährig 7 RM, 3 Monate 4 RM, 15 Tage 1 RM. — Einzelnummer 10 Pf. — Sonntags 15 Pf. — Anzeigengebühren 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen halber Preis. Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, zwangsweiser Verbreitung, und Kontroversverfahren fällt der Redaktion kein Verfall zu. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in dem eines Lieferanten, hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verfehlt, in betrübtem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfächer und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelche Vergütungen übernommen. — Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger und des Reichs Anzeiger-Verlags sind in jeder Nummer beiliegend. — Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger und des Reichs Anzeiger-Verlags sind in jeder Nummer beiliegend. — Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger und des Reichs Anzeiger-Verlags sind in jeder Nummer beiliegend.

Amtlicher Teil

Schließung des Landesbades in Baden-Baden

Das Landesbad in Baden wird am 21. Dezember 1928 geschlossen.

Vermittlung in Südamerika

Bolivien hat das Vermittlungsangebot der panamerikanischen Konferenz angenommen und die Einstellung des bolivianischen und der Angriffe auf die Truppen Paraguays befohlen. Ein offizielles Kommuniqué des bolivianischen Außenministeriums besagt: „Bolivien nimmt die angebotenen guten Dienste der Vergleichs- und Schiedskonferenz an, die es für notwendig erachtet, um eine Untersuchung über die Ursachen des Konflikts durchzuführen, der infolge des unmotivierten Angriffs Paraguays gegen das Fort Yaguajayá entstand. Es wird an den Vorsitzenden der Konferenz, Kellogg, eine Note geschickt werden.“

Auch der französische Außenminister, Briand, hat als Vorsitzender der letzten Ratstagung des Völkerbundes am Dienstag seine Bemühungen zur Beilegung des Konflikts zwischen Bolivien und Paraguay fortgesetzt. Da Vermittlungsangebote Argentinien und der panamerikanischen Konferenz vorliegen, ist im Augenblick, wie es scheint, nicht mehr die Rede von der Einberufung einer außerordentlichen Tagung des Völkerbundesrates, es sei denn, daß neue unvorhergesehene Ereignisse eintreten werden.

Vorstandssitzung des Deutschen Städtetages

Anläßlich einer Vorstandssitzung des Deutschen Städtetages in Leipzig gab der Vorstand des Städtetages im Rathsaal der Stadt einen Presseempfang, wobei Präsident Dr. Mutert ausführte:

Die Vorstandssitzung habe sich auch diesmal mit wichtigen Fragen befaßt, die über die rein kommunale Bedeutung weit hinausgingen. Die deutschen Städte sind für eine sinn- und planvolle Neugestaltung des Reiches, sie wollen eine starke Reichsgewalt, eine einfache und überblickbare Verwaltung, den Ausbau einer gesunden, dem deutschen Wesen historisch und sachlich gemäßen Selbstverwaltung und eine Dezentralisation der öffentlichen Verwaltung, damit die berechtigten Sonderinteressen der Stämme und Kulturkreise mit schonender Hand gepflegt werden können. Daß die deutschen Städte mit steigender Beförderung die Komplexierung der öffentlichen Verwaltung und das Nebeneinanderbestehen von Reich und Länder betrachten, kann nicht wundernehmen, denn im Kampf zwischen Reich und Ländern sind die staatsrechtlich Schwächsten die Gemeinden. Die Forderung der Kommunen, eine Kommunalabteilung im Reichsministerium des Innern zu errichten, ist nicht überall richtig verstanden worden. Selbstverständlich denken die Kommunen nicht daran, durch diese Abteilung die Zuständigkeit der Länder zu beschränken; ihre Aufgabe soll ausschließlich in der Sachverständigenberatung der Reichsregierung liegen und eine zweckmäßige Dezentralisation bei der Ausführung der Reichsgehalte erleichtern. Der Städtetag begrüßt den Gedanken der Vereinheitlichung des Grund- und Gewerbesteuerrechtes. Einheitliche Rechtsgrundlagen sind für die Steuerpflichtigen und für die Wirtschaftsentwicklung wichtig. Aber diese Vereinheitlichung muß begleitet sein von einem bewußten Ausbau der örtlichen Bewegungsfreiheit. Die Gemeinden lehnen das obligatorische Anhorungsrecht der Berufsvertretungen ab; ein solches Recht würde einen Eingriff in die Selbstverwaltung bedeuten. Die Gebäudeversicherungsteuer ist für die Wohnungspolitik der Gemeinden von ausschlaggebender Bedeutung. Ohne die Mittel aus dieser Steuer können die Gemeinden die Wohnungsnot nicht wirksam bekämpfen. Der Fehlbetrag im Reichshaushalt für 1929 stellt in der Frage des Finanzausgleiches das Reich vor ernste Entscheidungen. Selbstverständlich dürfen die Mehrheiten des Reiches und der Länder nicht auf die Gemeinden abgewälzt werden. So ist es insbesondere völlig unmöglich, daß die Gemeinden auf einen festen Steuerertrag gesetzt und an dem Mehraufkommen nicht beteiligt werden.

Der Kelloggpaß vor dem amerikanischen Senat. Der Auswärtige Ausschuss des amerikanischen Senats beschloß mit 14 gegen 2 Stimmen, dem Plenum die Annahme des Kelloggpaßes zu empfehlen.

Die Wahl der hauptamtlichen Senatoren in Danzig erfolgte am Dienstag, da ihre Amtszeit mit dem Ende dieses Jahres abläuft. Die Wahl erfolgte entsprechend den Vorschlägen der Regierungsparteien. Zum Präsidenten des Senates wurde wiederum Dr. Heinrich Sahm gewählt.

„Gazette du Franc“ und „Quotidien“. Infolge der Entschuldigungen in der Angelegenheit der „Gazette du Franc“ hat sich der Gründer und Leiter des Pariser „Quotidien“, Dumah, der den Finanzdienst der „Interpresse“, des Propagandadienstes der „Gazette du Franc“, für die Affäre ihres Unternehmens, benutzte, veranlaßt gesehen, von seinem Posten zurückzutreten.

Nichtigkeitsklärung der Wahl Borms. Die belgische Kammer nahm durch Aufstehen von den Plätzen den Vorschlag des Ausschusses an, die Wahl Borms als null und nichtig zu erklären. Die Abstimmung über die Gültigkeitserklärung der Wahl des Liberalen Vaerde, der nach Borms die meisten Stimmen erhielt, wurde auf heute vertagt.

Letzte Nachrichten

Der Sachverständigenausschuss

BRN. Paris, 19. Dez. (Tel.) Die Agentur Havas veröffentlicht folgende Mitteilung: Wie sich aus dem nach Schluß des gestrigen Ministerrates veröffentlichten Kommuniqué ergibt, ist eine Verständigung zwischen den an der Bildung des Sachverständigenausschusses zur endgültigen Regelung der Reparationsfrage hauptsächlich interessierten Staaten so gut wie erfolgt. Wahrscheinlich wird die Verständigung Ende der Woche offiziell bekanntgegeben werden. Die alliierten und deutschen Sachverständigen werden alsdann bezeichnet werden, und hierauf die Vereinigten Staaten eingeladen werden, einen Vertreter zu bestimmen.

Auch „Matin“ teilt mit, daß die allgemeine Verständigung über die Reparationsfrage vorangetrieben nunmehr endgültig festgelegt sei. Die französische Regierung habe jetzt noch ihre Alliierten über die letzten Verhandlungen mit Deutschland zu unterrichten. Das sei nur eine einfache Frage der Höflichkeit, da England und die anderen interessierten Mächte Frankreich volle Handlungsfreiheit gegeben hätten. Es sei wahrscheinlich, daß die verschiedenen Regierungen auf eine identische Antwort an Deutschland verzichteten und sich begnügen werden, der Presse in zwei oder drei Tagen in einer zur Zeit noch nicht genau festgelegten Form das Endergebnis der Verhandlungen zur Kenntnis zu bringen. Es sei ferner wahrscheinlich, daß der englische Vorkämpfer in Washington, Sir Esme Howard, in seiner Eigenschaft als Vizepräsident des diplomatischen Korps — in diesem Falle natürlich beschränkt auf die sechs teilnehmenden Mächte — beauftragt werde, die Vereinigten Staaten aufzufordern, an den Sachverständigenarbeiten teilzunehmen.

Für 5 Millionen Dollar Raubgilde beschlagnahmt

BRN. New York, 19. Dez. (Tel.) Die Beschlagnahme und Untersuchung der Papiere des vor kurzem hier ermordeten Spielers und Schmugglers Rothstein, der durch Finanzierung des Schleihandels mit Raubgilden sich ein Millionenvermögen erworben hatte, hat es den Bundesbehörden ermöglicht, in der letzten Nacht im New-Yorker Hafengebiet geschmuggelte Raubgilde im Wert von 5 Millionen Dollar zu beschlagnahmen, die an die Adresse einer Personlichkeit weitergehen sollten, die als Haupt eines internationalen Raubgildschmuggelbündels gilt. Allein im Dezember sind außer dieser Sendung bereits Raubgilde im Werte von nahezu 10 Millionen Dollar beschlagnahmt worden. Der Bundesanwalt erklärte, es handle sich um ein Schmuggelbündel von ungeheurer Ausmaß, dessen Sitz Frankreich oder die Schweiz sein müsse. Man beachtliche, auf Grund der internationalen Verträge zu erreichen, daß die an diesem Unternehmen beteiligten Personen je nach der Rechtslage entweder an Amerika ausgeliefert oder von den Gerichten ihres Heimatlandes zur Verantwortung gezogen werden.

60. Geburtstag von Prälat Leicht. Der Führer der Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei, Domkapitular und päpstlicher Hausprälat Leicht, Bamberg, feiert seinen 60. Geburtstag. Der Reichstagspräsident hat ihn namens der Reichsregierung herzlich beglückwünscht. Prälat Leicht genießt im Reichstag bei allen Parteien hohes Ansehen und besondere Beliebtheit als einer der wichtigsten Redner des Hauses.

Kein Wirtschaftskrisenplan in Washington. Meldungen, wonach Deutschland in Washington seinem Vorkämpfer ein Palais bauen will, sind, wie in Berlin erklärt wird, unbegründet. Es ist weder ein Palais noch ein Volkshausgebäude zu bauen beabsichtigt, noch sind dafür eine Million Dollars Kosten in Aussicht genommen.

Das preussische Kabinett erklärte sich am Dienstag mit der Vorlage des preussischen Innenministers über die Neuregelung der Grenzen im westfälischen Industriegebiet einverstanden, ohne zunächst zu den Einzelheiten des Entwurfs Stellung zu nehmen. Der Entwurf wird nunmehr den zuständigen Provinziallandtagen zur Stellungnahme übermittelt werden.

Die „Geltie“ verloren

BRN. London, 19. Dez. (Tel.) Einer Klobb-Meldung zufolge hat die White Star-Line einen Bericht ihres Sachverständigen erhalten, wonach der Rumpf des vor einer Woche bei Queenstown gestrandeten 21000-Tonnen-Dampfers „Geltie“ so schwer beschädigt ist, daß weitere Versuche, das Schiff flottzumachen, aussichtslos seien.

Rebel über Südenland

BRN. London, 19. Dez. (Tel.) Seit gestern vormittag liegt über London und vielen Bezirken Südenlands Nebel, der sich im Laufe des Abends immer mehr ausbreitete und verdichtete. Infolgedessen mußten Einschränkungen im Eisenbahnverkehr vorgenommen werden. Da nach Angabe des Luftfahrtministeriums Fortdauer des gegenwärtigen Wetters in Aussicht steht, befürchtet man, daß der Weihnachtsverkehr in Mitleidenschaft gezogen wird.

Die Bevölkerung Badens

nach Geschlecht, Alter, Familienstand und Religionszugehörigkeit

Die letzte Volkszählung, welche im Juni 1925 vorgenommen wurde, ergab für Baden eine Wohnbevölkerung von 2 312 462 Personen. Die Bevölkerung in Baden macht somit von der des Deutschen Reiches 3,7 v. H. aus. Hinsichtlich der Fläche steht Baden an vierter und hinsichtlich der Einwohnerzahl an fünfter Stelle unter den deutschen Ländern.

Wie der vom Badischen Statistischen Landesamt unlängst herausgegebenen interessanten Veröffentlichung „Baden in Wort und Zahl“ zu entnehmen ist, zeigt die Entwicklung der Bevölkerung während der letzten hundert Jahre folgenden Verlauf:

Jahre	Bevölkerung		Zunahme von einer Zählungsperiode zur andern		auf 1 qkm	auf 1000 Einwohner
	insgesamt	davon weiblich	insgesamt	bei 100 Personen		
1825	1 132 970	580 287	—	—	75,2	104,8
1875	1 507 179	772 422	374 209	33,03	100,0	105,1
1925	2 312 462	1 196 985	805 783	53,43	153,4	107,3

Danach hat sich die badische Bevölkerung von 1825 bis 1925 um 1 179 492 Personen oder um 104 v. H. vermehrt, also um mehr als das Doppelte zugenommen; gegenüber der letzten Zählung vor dem Kriege (1910) ist die Einwohnerzahl um 169 629 (7,9 v. H.) gewachsen.

Bei einer Gesamtfläche von 15 070,82 Quadratkilometer und einer Wohnbevölkerung von 2 312 462 Personen ergibt sich für das Land Baden eine mittlere Dichtigkeit von 153,4 Einwohnern auf 1 Quadratkilometer. Mit dieser Dichtigkeitsziffer übertrifft Baden die Länder Bayern (97,10), Preußen (130,68) und Württemberg (132,27) sowie das Reich, das 133,15 Einwohner auf 1 Quadratkilometer aufweist. Innerhalb des Landes gehören die Bezirke der Industriegegenden (Rheinebene mit den angrenzenden Tälern und Pforzheimer Gegend) zu den dichtbevölkertsten nicht nur in Baden, sondern im ganzen Deutschen Reich. So kommen z. B. im Amtsbezirk Mannheim auf 1 Quadratkilometer 916 Einwohner, im Amtsbezirk Karlsruhe 533, in Pforzheim 366, in Heidelberg 302, in Weinheim 284 und in Wiesloch 247. Dagegen sind die Schwarzwaldbezirke sowie die Bezirke des nördlichen und südlichen Hügellandes mit wesentlich geringeren Dichtigkeitsziffern vertreten: z. B. Neustadt mit 48, Wolfach mit 61, Sinsheim mit 102 usw.

Anläßlich der Volkszählung von 1925 wurden in Baden 544 461 Haushaltungen festgestellt. Darunter befanden sich 31 720 Haushaltungen, die aus einer Person bestanden (einzeln lebende Personen), 510 192 Haushaltungen mit zwei und mehr Personen oder mit mehreren Familien in gemeinsamer Hauswirtschaft, und 2549 Anstalts- usw. Haushaltungen. Demnach machen die gewöhnlichen Haushaltungen von zwei und mehr Personen die häufigste Form des Zusammenlebens der Bevölkerung aus. Die Gesamtzahl der Familien beträgt 531 397. Wohngebäude und sonstige Aufenthaltsstätten wurden 299 588 ermittelt; im Durchschnitt entfielen auf eine bewohnte Baufläche 1,8 Haushaltungen und 7,7 Personen.

Von der Wohnbevölkerung sind 1 115 477 Personen (48,2 v. H.) männlichen und 1 196 985 (51,8 v. H.) weiblichen Geschlechts. Auf 100 Männer kommen demnach 107,3 Frauen; im Jahre 1875 waren es 105,1 und 1825: 104,9. Im Reich und den übrigen deutschen Ländern bewegt sich der Frauenüberschuß fast auf gleicher Höhe wie in Baden; im Reich entfallen auf 100 Männer 106,7 Frauen, in Württemberg 107,5, in Bayern 107,7, in Preußen 106,0 usw.

Was die Zusammensetzung der Bevölkerung nach dem Alter anbetrifft, so ist folgendes hervorzuheben: Kinder unter sechs Jahren wurden bei der letzten Volkszählung 280 977 festgestellt. Im schulpflichtigen Alter (von sechs bis unter 14 Jahren) befanden sich 287 634 Kinder; davon waren 144 858 Knaben und 142 776 Mädchen.

Eine weitere wichtige Altersstufe ist die des allgemeinen aktiven Wahlrechts. Entscheidend dafür ist — von den gesetzlichen Ausnahmen abgesehen — das vollendete 20. Lebensjahr. In diesem Alter wurden 1 443 247 Per-

Mit der Beilage: 5. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

tionen, und zwar 678 646 Männer und 764 601 Frauen, ermittelt.

Personen von über 70 Jahren waren 69 598 (30 934 Männer und 38 664 Frauen) vorhanden; hiervon waren 119 Männer und 224 Frauen 90 und mehr Jahre alt.

Forderungen der Industrie

Im Vorstand des Reichsverbandes der deutschen Industrie sprach Direktor Dr. Gaußmann über aktuelle Steuerfragen. Er behandelte zunächst die Vorschläge zur Deckung des auf etwa 500 Millionen Reichsmark bezifferten Fehlbetrags des Reichshaushalts 1929 und erhob grundsätzliche Bedenken gegen die Wiedereinführung der Vermögenswachstumssteuer. Ebenso lehnte er Vorschläge für eine Erhöhung des Satzes der Vermögensteuer und der Erbschaftsteuer ab. Eine finanzielle Auswirkung könne nur die Herabsetzung der Freigrenzen haben. Besonders dringlich sei die Herabsetzung des zu hohen Einkommensteuertarifes. Der Entwurf des Gebäudeschuldungssteuergesetzes bedürfe grundlegender Änderungen. Die Steuererhebungsbeträge, die die Reichsregierung bei der Gewerbe- und Grundsteuer vorgeschlagen habe, seien viel zu hoch. Unbedingt sei die Aufhebung der Steuerfreiheit der Betriebe der öffentlichen Hand zu verlangen.

Im Hauptauschuss behandelte Geh. Rat Kahl die Entwicklung der Reparationsfrage. Von einer wirklichen Lösung der Reparationsfrage könne nur gesprochen werden, wenn die Endregelung die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit nicht übersteige.

Der Langnamverein hat in Düsseldorf im Zusammenhang mit der geplanten Durchführung des Achtstundentags in den Reichsverwaltungen, öffentlichen Verkehrsanstalten usw. an die zuständigen Stellen eine Eingabe gerichtet, in der er im Hinblick auf die für Wirtschaft und Volk unübersehbaren Folgen vor der Einführung der 48-Stunden-Woche warnt. Es wird u. a. auf die bereits von der Deutschen Reichsbahn vertretene Auffassung hingewiesen, daß eine derartige Maßnahme eine Personalvermehrung von über 70 000 Köpfen erfordere, was für die Reichsbahn eine Mehrbelastung von jährlich über 260 Millionen Reichsmark bedeute. In Anbetracht der schon jetzt gespannten Finanzlage der Reichsbahn ziehe eine derartige Maßnahme unweigerlich eine erneute Tarifserhöhung nach sich. Bezüglich der Auffassung der Reichspost, daß sie in der Lage sei, einen Teil der Mehrausgaben infolge Personalerhöhung durch Rationalisierungsmaßnahmen einsparen zu können, betont der Langnamverein, daß diese Einstellung eine ausreichende Rücksichtnahme auf die wirtschaftlichen Bedürfnisse und Notwendigkeiten vermisse lasse. Die auf allen Gebieten finanziell auf das äußerste belastete Wirtschaft glaube endlich einmal in erster Linie auch bei den Reichspostgebühren eine merkliche Entlastung beanspruchen zu dürfen, wenn die Lage der Reichspost es eben zulasse.

Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände nahm Freitagabend in einer aus allen Teilen stark besuchten Mitgliederversammlung in Berlin Stellung zu den Gegenwartsfragen der Sozialpolitik. Der Tagung wohnten neben vielen Parlamentariern Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius und der preussische Handelsminister bei.

Geh. Rat Dr. v. Borfig behandelte in einem Vortrag die wirtschaftlichen Geschehnisse der letzten zehn Jahre und hob hierbei besonders die Zerstörung unseres Volkvermögens um mehr als ein Drittel hervor. Der Redner trat ferner für die Reform des Schlichtungswesens zugunsten der freien Verständigung der Unternehmer und Arbeiter bei der gegenseitigen Regelung ihrer Beziehungen zueinander ein. Regierungspräsident z. D. Braunweiler kam zu einer Reihe programmatischer Leitsätze, wonach Vorbedingung für wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt die Erhaltung eines freien deutschen Unternehmertums ist. Die Vereinigung erkenne den Achtstundentag an, müsse aber eine schematische Behandlung dieser Frage ablehnen. Die Vereinigung brachte ferner zum Ausdruck, daß es nicht Aufgabe des Internationalen Arbeitsamtes sein darf, die nationale Gesetzgebung Deutschlands durch internationale Abkommen, die mit den nationalen Bedürfnissen unseres Landes nicht in Übereinstimmung stehen, bindend zu beeinflussen.

Eine Vertretertagung der Arbeiterzentrumswähler

fand am Sonntag in Offen statt, die zur Stellungnahme zu den Ergebnissen des Kölner Parteitag einberufen worden war. Trotz der Abgabe der kath. Arbeitervereine und anderer katholischer Organisationen war die Kundgebung sehr stark besucht. Giesberts, Stegerwald und Imbusch hielten kurze Referate. Die Versammlung nahm einstimmig eine Entschließung an, in der festgestellt wird, daß die Tagung mit großem Bedauern von den Begleiterscheinungen der Wahl des Vorsitzenden der Zentrumsparter Kenntnis genommen habe. Die Versammlung erblickt in der Tatsache, daß Stegerwald nicht gewählt worden sei, eine bewusste Zurücksetzung des Arbeiterstandes. Es liege im Lebensinteresse der Partei, der Gesamtstruktur des deutschen Volkes und Wirtschaftslebens Rechnung zu tragen, welche dadurch gekennzeichnet werde, daß mehr als 70 Proz. aller Volksgenossen Lohn- und Gehaltsempfänger seien. Die Wahl des Vorsitzenden auf dem Parteitag in Köln sei maßgebend beeinflusst worden durch die Zusammenfassung der Parteiführerschaften, in denen sich die wirkliche Zusammenfassung der Zentrumsparter in keiner Weise widerspiegelt. Die Versammlung fordere, daß aus den örtlichen und bezirkslichen Arbeitervereinen der Zentrumsparter ein Reichsarbeiterrat der Zentrumsparter gebildet werde.

Zur Nichtbeteiligung der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands schrieb die „Allnähliche Volkszeitung“ am Samstag u. a.: „Die wahren Freunde der Zentrumsparter wünschen in diesem Augenblick, daß die Effener Kundgebung der Gewerkschaften abgelehnt wird. Die Zentrumsparter wollen den Frieden, wollen die Einheit und wollen ungehindert arbeiten für diesen Frieden. Sie werden wachsam sein, auf daß niemand in Versuchung fällt, eine einfache, klare, vom Zentrumsvolk selbst gewollte und geschaffene Lage zu verwirren.“

Die deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen sind entgegen anderslautenden Meldungen nicht abgebrochen worden, sondern werden nur wegen der bevorstehenden Weihnachtstage unterbrochen. Sie werden Mitte Januar wieder aufgenommen werden.

Strafantrag gegen einen Landtagsabgeordneten. Der Braunschweigische Landtag genehmigte in namentlicher Abstimmung mit 24 gegen 20 Stimmen die Einleitung eines Strafverfahrens gegen den baltischen Landtagsabgeordneten Oberfeuerleitende Groß wegen Verstoßes gegen das Gesetz zum Schutze der Republik und gegen § 10 des Reichsbeamten-gesetzes.

Wertvolle Handschriften verschwinden. Die Stadt Mainz hat dadurch einen schweren Verlust erlitten, daß ihr auf der Kölner „Pressa“ ausgestellte Handschriften abhandeln gekommen sind. Das wertvollste der 6 Stücke ist ein illustriertes Stundengebetbuch aus dem 15. Jahrhundert in lateinischer und französischer Sprache, in rötlicher Seide gebunden, nach der Überlieferung aus dem Besitz Karls des Kühnen von Burgund.

Badischer Teil

Bargeldlose Entrichtung der Steuern und Abgaben

Die Steuerschuldigkeiten und andere Abgaben werden an die Kassen der Reichsfinanzverwaltung — Kassen der Finanzämter, der Hauptzollämter und Zollämter — am besten bargeldlos entrichtet. Jeder, der ein Konto beim Postämteramt, bei einer Sparkasse, Bank, Genossenschaft u. dgl. unterhält, kann seine Zahlungen am bequemsten und billigsten durch Überweisung bewirken. Wer kein Konto besitzt, lege sich eines an, oder zahle mittels Zahlkarte. Besondere Zahlkartenordere für die Steuerzahlung werden von den Postämtern abgegeben. In jedem Falle ist auf dem Überweisungsabschnitt, der für den Empfänger bestimmt ist und auf den Bankmitteilungen die Steuer- oder Abgabearart, gegebenenfalls der Steuerabschnitt, für den Zahlung geleistet wird, genau zu bezeichnen und die Steuer- oder Sollbuchnummer usw. anzugeben. Als Zahlungstag gilt bei Banküberweisungen der Tag, an dem der Betrag der Kasse gutgeschrieben wird, bei Postgeldüberweisungen und bei Einzahlung mit Zahlkarte der Tag, der sich aus dem Stempelabdruck des Postgeldamts und der Aufgabepostanzahl ergibt. Die Postgeldkonten und Kontoverbindungen der Finanz- und Zollämter sind auf den Steuerbescheiden, Forderungszetteln usw. angegeben.

Die bargeldlose Zahlung erspart Zeit und Geld. Einzahlungen durch Übergabe von Zahlungsmitteln (Bargeld, Schecks, Postgeld) und Reichsbanküberweisungsaufträgen dürfen nur im Kassentraum an den durch Ausgänge besonders kenntlich gemachten Stellen entrichtet werden. Einzahlungen an anderen Stellen befreien den Einzahlungspflichtigen nicht. Über jede Einzahlung wird eine Quittung erteilt, die bei Steuern zur Rechtsgültigkeit von zwei Beamten unterzeichnet sein muß. Die Namen und Unterschriften der zeichnungsberechtigten Beamten sind im Kassentraum durch Aushang kenntlich gemacht. Beamte, die durch besonderen Auftrag mit der Annahme von Zahlungsmitteln außerhalb des Kassentraums betraut sind (Vollziehungs-, Abfertigungsbeamte), haben einen Ausweis bei sich zu führen, den sie den Einzahlungspflichtigen auf Verlangen vorzulegen haben.

Bank-, Sparkassen- usw. Schecks dürfen die Kassen nur in Zahlung nehmen, wenn sie auf Geldanstellungen am Sitz der Kasse gezogen sind oder wenn eine Geldanleihe am Sitz der Kasse die Einlösung in gleicher Weise wie für ihre eigenen Schecks übernommen hat.

Dr. Leers über Beamtentum und Staatsaufgaben

Unterrichtsminister Dr. Leers hielt anlässlich seiner Aufstellung als demokratischer Spitzenkandidat in Karlsruhe eine Rede, in der er u. a. ausführte, der gute Beamte betrachte sich als Diener des Staates. Bezüglich der „Einsparung“ jeder dritten freiwerdenden Beamtenstelle meinte der Minister, dies sei eine Fiktion. Die Ersparnisse würden wieder illusorisch gemacht durch Stellvertreterungen oder Dienstausfällen. Reich und Länder müßten gemeinsam das Problem zu lösen versuchen; einen Zentralismus lehne man ab. Die Vereinfachung der Staatsaufgaben solle keine gute Arbeit bei geringstmöglicher Belastung der Steuerzahler. Der Steuerdruck sei heute oft ungeheuer. Auf dem Gebiete der Schule leide man an einer Überforderung des Bewusstseinswesens, wodurch viele junge Leute in höhere Schulen gedrängt würden, ohne die Gewähr einer höheren entsprechenden Vermittlung. Eine sorgfältige Auslese müsse den Aufstieg der Tüchtigen ermöglichen. In der Jugend müsse ein unangenehmes und ungeschicktes Verhalten, die Jugend müsse in der Liebe zur Republik erzogen werden.

Verleihung der Rettungsmedaille

Das Staatsministerium hat dem Schreiner Emil Schmelzer in Dahnheim, der unter eigener Lebensgefahr einen jungen Mann vom Tode des Ertrinkens gerettet hatte, die badische Rettungsmedaille verliehen.

Der Besuch der Technischen Hochschule Karlsruhe

Im Wintersemester 1928/29 beträgt die Zahl der Studierenden der Technischen Hochschule Karlsruhe 1523. Dazu kommen noch 237 Gasthörer, von denen 144 Frauen sind. Die Zahl der ordentlichen Studierenden Frauen beträgt 23.

Badischer Städteverband

In der Hauptauschussitzung des Badischen Städteverbandes, die vor einigen Tagen in Mannheim stattfand, und an der außer den Oberbürgermeistern der Mitgliedsstädte etwa 20 weitere Städtevertreter teilnahmen, wurde außer der Entschließung im Anschluß an das Referat des Oberbürgermeisters Dr. Bender, Freiburg, über die Verfassungsreform, über die in der Presse schon berichtet worden ist, ein Referat über die Gasferneversorgung von Oberbürgermeister Dr. Heimerich, Mannheim, gehalten, in der die Entwicklung der Frage und der derzeitige Stand der Angelegenheit eingehend dargelegt wurde. Des weiteren wurde der Tätigkeitsbericht über das abgelaufene halbe Jahr von dem Geschäftsführer des Städteverbandes, Geh. Regierungsrat Timme, erstattet, wobei insbesondere die Fragen auf dem Gebiete des Finanzwesens, der Polizei, des Schulwesens, der Fürsorge und des Wohnungsbauens im einzelnen erörtert wurden, die zu Erhebungen und zu Vorstellungen bei der Regierung Anlaß gegeben haben. Schließlich hat der Hauptauschuss nach dahin Beschluß gefaßt, daß die Grundsteuerreform von gebundenem Besitz (Steuer der toten Hand) in ihrer derzeitigen gesetzlichen Form unverändert erhalten werden muß.

Zur Heidelberger Schurman-Feier

Die Liste der Spender, die von Posthalter Schurman am Montag überreicht wurde, enthält folgende Namen: Jules S. Raab, George A. Raler, William Gerard Reders, James Brown, Walter R. Ghyser, Clarence L. Dillon, Julius Forstmann, William Fox, Henry Goldman, W. A. Hartman, Harris, Forbes & Company, Henry Heide (Reading, Pennsylvania), Henry Janssen (Reading, Pennsylvania), Robert Lehman, Metro-Goldwyn-Mayer Pictures, W. J. Norton, Gustav Oberlander (Reading, Pennsylvania), Janet A. Perkins (C. D. Morgan & Co., Paris), John D. Rodefeller jr., Julius Rosenwald, President (Chicago, Illinois), Samuel Sachs, Rottimer S. Schiff, Henry Schmievwind jr., Raul Schmitzler, W. B. Scott (Princeton, New Jersey), James Speyer, R. S. Charles R. Taft (Cincinnati, Ohio), Ferdinand Thun (Reading, Pennsylvania), Eliska Walter C. D. Blair & Co., Paul W. Warburg, Felix M. Warburg, Warner Prof. Pictures Inc., William G. Woodin und Adolph Zukor. Die Spender, bei denen kein Ort angegeben ist, sind aus New York.

Zur Rheinbrückenfrage

Zu der Erweiterung der Rheinbrücke Mannheim-Ludwigshafen, sowie dem Bau neuer Brücken bei Speyer und Maxau hat bekanntlich die Postfachkonferenz in Paris noch immer nicht ihre Zustimmung gegeben. Ein Beginn des Baues ohne die Zustimmung der Postfachkonferenz ist aber nicht möglich.

Die Handelskammer in Mannheim hat sich vor einiger Zeit an den Reichsaussenminister Dr. Stresemann gewandt, um ihn zu bitten, bei der Postfachkonferenz auf eine Beschleunigung der Genehmigung hinzuwirken. Dieses Ersuchen der Handelskammer hat der Oberbürgermeister von Mannheim seinerseits in einem Schreiben an den Reichsaussenminister unterstützt. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Erweiterung der Rheinbrücke Mannheim-Ludwigshafen infolge des ständig wachsenden Verkehrs dringend notwendig ist, und daß der jetzige Zustand auf der Brücke geradezu lebensgefährlich ist. Erst jüngst ist wieder ein Mann auf der Brücke infolge der engen Passagerverhältnisse zwischen drei Straßenbahnwagen getreten und zu Tode gekommen.

Reichsaussenminister Dr. Stresemann teilte in seiner vor wenigen Tagen eingegangenen Antwort mit, daß ihm wohl bekannt sei, welche Bedeutung der Brückenbau in Baden und in der besetzten Pfalz beigemessen werde, und daß er deshalb der Angelegenheit nach wie vor seine Aufmerksamkeit widmen werde.

Die Regulierung des Oberrheins gesichert

Auf einer vom Rindhimmelfestabend mit der Sektion „Schiffahrt“ des Rheingewerkschaftsverbandes veranstalteten öffentlichen Versammlung teilte — wie aus der Schweiz berichtet wird — der Sekretär des Vereins für Schiffahrt auf dem Oberrhein (Basel), J. R. Frey, mit, der Bundesrat habe in den letzten Tagen seine Bedenken wegen der Konkurrenzierung der Bahnen fallen lassen und sich bereit erklärt, die im Frühjahr d. J. zwischen den Schweizern und deutschen Delegierten erzielte Verständigung über die Verteilung der Kosten der Rheinregulierung zu genehmigen, so daß die Ausführung des Werkes gesichert erscheine.

In einer Resolution wird erklärt, daß der Ausbau des Rheins von Straßburg bis Basel zu einer leistungsfähigen Wasserstraße für die ganze Schweiz von großer wirtschaftlicher Bedeutung sei. Dadurch könne die Frachtagestaltung des Verkehrs bis an die Grenze maßgebend beeinflusst werden. Von der Regulierung des Rheins werde es auch abhängen, ob die Großschiffahrt von Basel nach dem Bodensee, nach Brugg und später bis in den Zürcher See weitergeführt werden kann. Die Versammlung erwarbt daher, nachdem die Verhandlungen mit Deutschland über die Bau- und Unterhaltungskosten der Rheinregulierung von Straßburg bis Rems abgeschlossen seien, auch eine baldige Einigung mit Frankreich, damit möglichst bald mit den Arbeiten begonnen werden könne. Infolge des gesteigerten Interesses am Ausbau der Wasserstraßen am Rhein und Aare erscheine die Durchführung der Großschiffahrt von Basel nach dem Bodensee und bis Brugg aus wirtschaftlicher als bisher angenommen werden konnte. Stadt und Kanton Zürich müssen prüfen, wie sie am besten Anstoß an die künftige Rhein- und Aarwasserstraße finden. Die Versammlung erjudet die Behörden, im Einvernehmen mit den interessierten Kreisen eine baldige Abklärung des Problems herbeizuführen.

Allfränkische Luzerne

Ein bedeutungsvolles Ereignis für das gesamte badische Frankenland war die am Sonntag, den 16. Dezember, in Sachsenlur stattgefundene Hauptversammlung der Arbeitsgemeinschaft „Allfränkische Luzerne“, zu der auch der Präsident der Badischen Landwirtschaftskammer, Dr. h. c. Graf Douglas, der Landrat des Bezirkes Tauberbischofsheim sowie Landtagsabgeordneter Hertle erschienen waren. Der Besuch der Versammlung aus dem gesamten Frankenland war so zahlreich, daß der große circa 400—500 Personen fassende Saal der „Schillerhalle“ bald nach Beginn überfüllt war. Im Anschluß an die Begrüßung durch den 1. Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft, Ludwig Keller, Oberbürgermeister der Stadt Luzern, wurde auf Antrag des Geschäftsführers, Dr. Lieber, Vorstand der Saatgut-Anstalt Rastatt, die Umwandlung der Organisation in einen eingetragenen Verein vollzogen.

Hierauf ergriß Präsident Douglas das Wort zu längeren Ausführungen über das landwirtschaftliche Notprogramm. Sämtliche Maßnahmen des Staates könnten jedoch nur zum Teile die bestehende Not steuern, Hauptfrage sei die Mitarbeit der gesamten Bauernschaft, insbesondere die Zusammenfassung der vielen landwirtschaftlichen Organisationen in Baden, die sich mit der Milchverwertung befassen. Wünschenswert wäre nur die Organisation, die sich verpflichtet, die Milch reitlos abzunehmen. Überall, wo es notwendig ist, müssen Milchverarbeitungsbetriebe errichtet werden, durch die eine Einseitigkeit von sog. Speerlagen in Wegfall kommt. Für die Landwirtschaft aber erwächst hieraus die Verpflichtung zur Versorgung der städtischen Bevölkerung mit leimfreier Milch zu Preisen, die die Arbeit der Landwirte auslösen. Abgelehnt jedoch müsse die rein städtische Milchverwertung nach dem Muster der Mannheimer Milchzentrale werden, wo bei der Milchpreisbildung usw. die Landwirtschaft nicht mitzubestimmen habe.

Im Anschluß hieran folgte ein sehr anschaulich gehaltenes Referat von Dr. Geinitz, Freiburg, über: „Wienenzucht und Futterbau“, das den großen Einfluß der Wienenzucht für das fränkische Luzerneranbaugebiet klarlegte. Auch ein Vortrag des Landesökonomierats Traut, Lorbach, über futtermännliche Fragen wurde mit Beifall aufgenommen.

Aus den Parteien

Eine in Lorsch stattgefundene Zentrumsparterversammlung nahm nach einem Referat von Prälat Dr. Schaefer eine Entschließung an, in der die Partei ernsthaft Protest gegen die dem Land Baden von der Reichsregierung zuteil gewordene Behandlung in der verfassungsrechtlichen Streitfrage über die Wahl der Verwaltungsräte der Deutschen Reichsbahn erhebt. Den neu erwählten Führern der Zentrumsparter spricht die Versammlung ihr Vertrauen aus. Von der Reichstagsfraktion des Zentrums wird verlangt, daß sie sich für eine vollständige Verbesserung des Reichstagswahlrechts einsehe. Den von der Versammlung aufgestellten Kandidaten für die kommenden Landtagswahlen wird insbesondere auch die Not des hinteren Wiesentals ans Herz gelegt und zur Pflicht gemacht, daß sie sich für einen besseren Verkehr im Wiesental einsetzen.

Der Ortsverein Karlsruhe der Deutschen Demokratischen Partei, zugleich dreizehnter Landtagswahlkreis, stellte Unterrichtsminister Dr. Leers als Spitzenkandidaten des Wahlkreises Karlsruhe für die kommenden Landtagswahlen auf. Dem bisherigen Vertreter des Wahlkreises, Präsident Dr. Glöckner, der bekanntlich eine Wiederbestellung mit Rücksicht auf Alter und Wohnungsverhältnisse abgelehnt hat, wurden warme Worte des Dankes und der Anerkennung gezollt. Nach einer Ansprache des Ministers hielt der stellvertretende Landesvorsitzende der Partei, Fabrikant Richard Freudenberg, Weinheim, einen Vortrag über die Eindrücke seiner dreimonatigen Amerikareise.

Bei einer Wahlkreisversammlung des Zentrums in Herrsching wurde einstimmig durch öffentliche Wahl Prälat Dr. Reibach, Freiburg, vom Zentrum zum Spitzenkandidaten für den fünften badischen Wahlkreis Schopfheim, Herrsching, Mühlheim aufgestellt. Die zweite Stelle nimmt Oberinspektor Uhrig, Herrsching, ein.

Im Wahlkreis Lahr-Gemünden wird, wie auf einer Wahlkreisversammlung der Demokratischen Partei in Eitenheim beschlossen wurde, Fabrikant Dr. Paul Baebelin, Lahr, als Spitzenkandidat für die Demokratische Partei für die Landtagswahlen aufgestellt.

Auf einer in Herrsching stattgefundenen Vertrauensmänner-Versammlung der Demokratischen Partei wurde über die Aufstellung der Spitzenkandidaten für die kommenden Landtagswahlen abgestimmt. Für Bürgermeister Kraus, Weil-Leopoldshöhe, wurden 24 Stimmen abgegeben, für Baumeister Max Rauh 21 Stimmen. Nächsten Montag wird in Weil-Leopoldshöhe eine Wahlkreisversammlung stattfinden, in der die endgültige Entscheidung über die Spitzenkandidatur fallen wird.

Aus der Bauernvereinsorganisation

Im Zusammenhang mit der Nationalisierung im landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen sind auch über die Schwierigkeiten bei der badischen Bauernbank verschiedene Gerüchte und Behauptungen im Umlauf. Es ist — so wird in Freiburg erklärt — zweifellos, daß das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen in der Nachkriegs- und Inflationszeit in den verschiedensten Gebieten Deutschlands nicht unerhebliche Einbußen erlitten hat. Schwierigkeiten solcher Art sind auch dem badischen landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen nicht erspart geblieben. Wie wenig aber diese Schwierigkeiten Anlaß zur Beunruhigung sind, ergibt sich einmal aus der Tatsache, daß die Zusammenfassungsbestrebungen zwischen Karlsruhe und Freiburg in vollem Gange sich befinden und daß vor allen Dingen die Preussische Zentralgenossenschaftskasse Berlin diese Bestrebungen im vollen Umfange billigt, stützt und fördert.

Mit der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse werden alle hiermit zusammenhängenden Einzelheiten und Maßnahmen beraten. Sie ist, was nicht übersehen werden darf, die Hauptgläubigerin und Kreditgeberin für das deutsche Genossenschaftswesen. Das gilt auch für die Freiburger landwirtschaftliche Genossenschaftsorganisation. Damit schon allein ist die Zahlungsbereitschaft der badischen Bauernbank gesichert. Dieser sind aber auf dem Gebiete der Zahlungsfähigkeit überhaupt noch keine Schwierigkeiten aufgetreten und solche sind auch für die Zukunft nicht zu befürchten. Die Preussische Zentralgenossenschaftskasse Berlin weiß besonders darauf hin, daß die neue Leitung der Freiburger landwirtschaftlichen Genossenschaftsorganisation ihr volles Vertrauen besitzt. Zur Beunruhigung liegt somit weder für die Sparcasseler, noch für die Genossen ein Grund vor.

Von der Qualität der 1928er badischen Weine

Das Badische Weinbauinstitut in Freiburg, die staatliche Versuchs- und Forschungsanstalt für Weinbau- und Weinbehandlung wandte sich in einer an die Presse gerichteten Zuschrift gegen einige Presseäußerungen, in denen angeführt war, es stehe heute schon fest, daß die Güte des Jahrgangs 1928 in keinem Weinbaugebiet an den berühmten Jahrgang 1921 heranreiche. Das Badische Weinbauinstitut erklärt hierzu:

Daß in den meisten deutschen Weinbaugebieten der 1928er Jahrgang dem 1927er Jahrgang nicht gleichkommen wird, steht fest. Ebenso steht aber auch fest, daß Baden bezüglich der Qualität der 1928er Weine eine große Ausnahme macht, weil infolge rechtzeitiger Niederschläge in Baden, nicht aber in den anderen deutschen Weinbaugebieten die Traubenreife begünstigt wurde. Nach den amtlichen Zahlen für Mostgewichte und Säuren steht ein Großteil der badischen Weine vor allem erst vor Mitte Oktober geerntete, den 1927er Weinen gleich oder sie übertreffen diese in der Qualität. Eine gegenteilige Behauptung kann nur den Zweck haben, den Wert des badischen Weines in weiten Kreisen herabzusetzen, um dadurch die Würze vielleicht zu billigerer Abgabe des Weines zu bewegen. Daß die Presse, wie sie z. B. von den Winzern für die hochwertigen Produkte verlangt werden, zu hoch wären, wird niemand behaupten können, der die ungeheuren Ausgaben und Arbeitsleistungen kennt, die bei einem modernen Weinbau nötig werden.

Der neue evangelische Katechismus

Seit dem Jahre 1882 ist in der badischen Landeskirche ein nach den Beschlüssen der Generalsynode von 1881/1882 bearbeiteter Katechismus in Gebrauch, der besonders auch in pädagogischer Hinsicht nicht mehr allen berechtigten Ansprüchen entspricht. Schon vor dem Kriege ging man daran, einen neuen, besseren Katechismus zu verfassen, und nicht nur Kommissionen, sondern auch einzelne Pastoren haben ihr Bestes in dieser Hinsicht getan, ohne mit ihren Entwürfen durchdringen zu können, so daß der Evangelische Oberkirchenrat sich veranlaßt gesehen hat, ein Preisausgeschrieben zu erlassen. Es blieb der Generalsynode von 1928 vorbehalten, endlich die Katechismusfrage zum Abschluß zu bringen. Der nach den Beschlüssen dieser Synode bearbeitete Katechismus wird, wie jetzt die oberste Kirchenbehörde den Geistlichen der Landeskirche bekanntgibt, an Ostern 1929 allgemein zur Einführung gelangen.

Tagungen

Die 50. Landesversammlung des Badischen Frauenvereins vom Noren Kreis fand am Sonntag, den 9. Dezember, in Karlsruhe statt. Die Zahl der Zweigvereine belief sich Ende 1927 auf 435 mit 93 045 Mitglieder. Der Vorsitzende, Präsidentin Geh. Reg.-Rat Kocha, sprach allen Behörden und Organisationen für die Unterstützung der Vereinsbestrebungen herzlichen Dank aus. Die Generaloberin, Geäffin von Horn, teilte mit, daß die Schwereitschaft des Vereins auf 1000 aktive Schwereitschaft angewachsen sei. Es bestie jedoch immer noch Mangel an Pflegekräften.

Architektentagung in Mannheim. Wie das Städt. Nachrichtenamt mitteilt, wird der Landesbezirk Baden des Bundes Deutscher Architekten (BDA) im nächsten Frühjahr eine Landestagung in Mannheim abhalten.

Die Jahresversammlung des Reichsbundes der Gendarmen- und Landjägerbeamten Deutschlands und Österreichs wird im September 1929 in Konstanz stattfinden. Gleichzeitig wird auch der Badische Gendarmenverein in Konstanz tagen und dabei das 100jährige Bestehen der badischen Gendarmen feiern. Geplant ist weiter ein Zusammenreffen der Gendarmen- und Landjägerbeamten der Bodenfeuerstaaten. Es werden etwa 1800 Tagungsgäste erwartet.

Gemeinderundschau

Der Bürgerausschuß Mannheim hat in nichtöffentlicher Sitzung beschlossen, den Bau des städtischen Hotels fertigzustellen. Seinerzeit war ein neues, den zeitgemäßen Anforderungen entsprechendes Hotel für Mannheim für unbedingt erforderlich erklärt worden. Die Versuche der Stadtverwaltung, privates Kapital hierfür zu interessieren, schlugen fehl. Die Stadtverwaltung nahm daraufhin die Sache selbst in die Hand. Ein Gemeindebeschluss vom Juni 1926 wurde herbeigeführt. Das Gesellschaftskapital befindet sich in der Hauptsache in Händen der Stadt, daneben sind die Handelskammer und eine große Industriefirma beteiligt. Bei diesem Gemeindebeschluss wurden die Kosten mit 8,25 Millionen angenommen. Kostenschätzungen und Pläne lagen damals jedoch überhaupt nicht vor. Bald nach Baubeginn ergab sich die Notwendigkeit, eine Reihe von Verbesserungen und Erweiterungen durchzuführen. U. a. wurde die Zahl der Fremdenbetten, die ursprünglich 182 betrug, um 88 auf 270 erhöht. Dazu kam der schlechte Baugrund. Nach einer jetzt ausgemachten Aufstellung wird sich der Aufwand auf 4,8 Millionen Reichsmark erhöhen.

Der Umbau des Karlsruher Bahnhofes in Heidelberg. Die Eisenbahndirektion Karlsruhe hat vor einigen Wochen die Pläne für den Umbau des Karlsruher Bahnhofes zur Ausführung vorgelegt, welchem von diesen Projekten der Stadtrat den Vorzug geben würde. Es handelt sich dabei um drei Gruppen: erstens um die Führung der Bahn durch einen neuen Tunnel, zweitens um offene Führung der Gleise unter Befestigung eines größeren Teiles der Wohn- und Fabrikgebäude zwischen dem Bootshaus der A. G. H., der Grünlands Fabrik und den sich anschließenden Wohnhäusern, drittens um eine zweite Art der offenen Gleise unter Anwendung von Unter- oder Überführungen beim Karlsruher, sowie beim Weißen Übergang. Das Tunnelprojekt ist das teuerste und würde zweifellos von der Reichsbahn ungenutzt ausgeführt werden. Das Projekt mit Über- oder Unterführungen kommt auf etwas über 3 Millionen Reichsmark und dürfte das billigste sein.

Bürgerausschuß Waldbrunn. Zu Beginn der letzten Versammlung des Bürgerausschusses, dessen Mitglieder nahezu vollständig erschienen waren, wies Bürgermeister Dr. Trautmann auf die besondere Bedeutung hin, die der am 23. November 1928 erfolgte Wahl des badischen Finanzministers Dr. Schmitt zum badischen Staatspräsidenten, insbesondere für das badische Frankenland, dessen Sohn der Neugewählte ist, zukommt. Die Versammlung beauftragte den Vorsitzenden einstimmig, dem neugewählten Staatspräsidenten die Glückwünsche der Stadt Waldbrunn mit der Versicherung des rückhaltlosen Vertrauens seiner frankischen Landsleute zu übermitteln. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Neufestlegung der Reichsbediensteten- und Schlachthausgebühren. 2. Erweiterung der Wasser- und Stromleitungsnetze zur Versorgung des neuerrichteten Jugendwälderheims. 3. Als außerordentliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mit einem Aufwand von rund 25 000 M. Erweiterung des Entschärfungsbeckens, Neupflasterung, Chauffierung und Anlage von Gehwegen. 4. Aufwertung früherer Darlehen gegenüber der Lebensversicherung A. G. auf Gegenseitigkeit in Karlsruhe. Die Vorlagen fanden mit Ausnahme von Ziffer 1, die mit großer Mehrheit angenommen wurde, nahezu ohne Debatte einstimmige Annahme.

Der Bürgerausschuß Bruchsal genehmigte den Umbau der Großen Brücke mit einem Aufwand von 117 000 M. und den Ausbau des Tragonerkalles zu einer Turnhalle für die Turnschule für 80 000 M. 86 Stimmen waren dafür, 32 dagegen, wozu legierte den Ausbau der Reithalle, wenn auch mit dreifachen Kosten, selbst erst nach Jahren, für zweckmäßiger hielten. Der Umbau der Großen Brücke mit einem Kostenaufwand von 117 000 M. wurde einstimmig genehmigt, da die Brücke infolge Bauart nicht einmal mehr für den Lastwagenverkehr benutzt werden konnte. Ferner wurde ein großer Häuserneubau, der 18 Wohnungen und 3 neue zeitliche Läden umfassen soll, bewilligt. Über die Frage der Gehaltssteigerung verschiedener Beamtengruppen konnte noch keine Einigung erzielt werden.

Der Bürgerausschuß Forstheim stimmte nach dreistündiger, sehr lebhafter Erörterung der Vorlage der Gasfernversorgung der Orte Eutingen, Kiefern, Enzberg, Dürmen, Mühlader, Dilsheim, mit 80 gegen 5 Stimmen, bei 4 Enthaltungen zu. Ergebnisse Bürgermeisterwahl. In Oettingen (Amt Baden), hat am Sonntag der dritte Wahlgang zur Bürgermeisterwahl stattgefunden, der ebenfalls ergebnislos verliefen ist. Es muß nun von Amts wegen ein Bürgermeister eingesetzt werden.

Bau von Turn- und Sportplätzen in Weil, bei Leopoldshöhe. Der Bürgerausschuß von Weil genehmigte gestern 30 000 M. zur Planung der Kiesgrube und zur Errichtung von Turn- und Sportplätzen auf dem so geschaffenen Platz.

Verurteilter Bürgermeister. Wegen Urkundenvernichtung nach § 348 verurteilte das erweiterte Schöffengericht Karlsruhe ein mehrstündiges Verhör des Bürgermeisters von Oberweier, Josef Dürr, zu 100 M. Geldstrafe an Stelle einer einmonatigen Gefängnisstrafe. Nach dem Tatbestand der Anklage hatte Bürgermeister Dürr im März v. J. aus dem Sitzungsprotokoll des Bürgerausschusses eine Reihe Urkunden entfernt, heileitigeigenschaft und vernichtet. Das Gericht hätte sich vor allem auf die bestimmten eidlichen Aussagen des Sachschreibers Hochdorfer, während der Bürgermeister bestritt, sich strafbar gemacht zu haben und dem verstorbenen Vorgänger des Ratsschreibers die Schuld gab. Dürr ist nach seiner Wiederwahl im Juli d. J. bereits zehn Jahre Bürgermeister von Oberweier.

Die Schwaiglandbahn A. G. endgültig gegründet. Die zwecks Fortführung der fufstägigen Gründung der Schwaiglandbahn A. G. auf Donnerstag, den 20. Dezember, nach Freiburg i. Br. einberufene Generalversammlung der Zeichner von Schwaiglandbahnaktien ist nicht mehr erforderlich und entfällt, da inzwischen die Gründung der Gesellschaft im Wege der Simultangründung erfolgen konnte.

Zu der Notiz „In Berlin kennt man den Hahnschwarzwald nicht“ wird uns aus Triberg geschrieben: Die RDB in Berlin gibt seit vier Winter eigene Zusammenstellungen mit Fahrpreisen ab Berlin nach deutschen Wintergebieten heraus. Da die Zahl der in Frage kommenden Hauptplätze so groß ist, daß eine Zusammenfassung in eine Tabelle nicht möglich ist, erfolgt die Bekanntgabe in Abschnitten. Das jetzt anstehende in der ersten Reihe genannte Triberg war z. B. vor drei Jahren in der dritten Reihe erst erwähnt. Es scheint danach, daß die RDB. aus verständlichen Gründen in dem Turnus der Veröffentlichung wechselt, um niemanden benachteiligen zu wollen. Man sieht der Notiz ja an, woher sie kommt. Sie beweist nicht die Unkenntnis der RDB. im Schwarzwald, sondern eher, daß die Entsender, die Triberg diese kleine Erwähnung offenbar neben, die Vorgänge in den Veröffentlichungen der RDB. nicht kennen, obwohl bei der ausgezeichneten Arbeit der RDB. dies eigentlich der Fall sein sollte.

Aus der Landeshauptstadt

Geltungsbereich der Sonntagsruffahrten an Neujahr. Mit Rücksicht darauf, daß der nächste Neujahrstag auf einen Dienstag fällt, wird die Geltungsdauer der vom 29. Dezember d. J. (Samstag) 12 Uhr ab gelösten Sonntagsruffahrten ausnahmsweise bis zum 2. Januar 1929 (Mittwoch), 9 Uhr, verlängert. Die Sonntagsruffahrten gelten demnach zur Einfahrt am Samstag, den 29. Dez., von 12 Uhr an, am Sonntag, den 30. Dez., am Montag, den 31. Dez., und am Dienstag, den 1. Januar, zur Rückfahrt am Sonntag, den 30. Dez., am Montag, den 31. Dez., bis 9 Uhr, am Dienstag, den 1. Januar, und am Mittwoch, den 2. Januar, bis 9 Uhr.

Nitnahme von Schneeschuhen und Kodelschlitten. In die Personenwagen der Elzüge 884/885 auf der Höllentalbahn und 175/100 der Hauptbahn dürfen keine Schneeschuhe und Kodelschlitten mitgenommen werden. Bei den Personenzügen der Strecke Freiburg-Donaueschingen werden zwei Personenwagen 3. Klasse und bei den Personenzügen der Strecke Freiburg-Tiisse-Wärental-Feldberg-Sebrugg ein Personenwagen 3. Klasse für Reisende ohne Sportgeräte ausgeschieden und mit Schildern „Für Reisende ohne Sportgeräte“ versehen. In alle übrigen Personenwagen 3. Klasse der genannten Züge dürfen Schneeschuhe und Kodelschlitten mitgenommen werden.

Die beliebtesten Rädchen. In der Oberpostdirektion Karlsruhe ist eine Statistik über den Verkehr mit Rädchen angefertigt worden. Bis Ende Juni 1928 waren nur Rädchen bis 1 Kilogramm zulässig, seit 1. Juli d. J. aber wurde auch das 2-Kilogramm-Rädchen eingeführt, das sich steigender Beliebtheit, besonders in Wirtschaftskreisen, erfreut. Während (nach der Statistik) bis Ende Juni 1927 und Juli 1928 die Zahl der beim Postamt II (Hauptbahnhof Karlsruhe) zugestellten Rädchen nahezu die gleiche war (6097: 1927; 6098: 1928) stieg mit der Einführung des 2-Kilogramm-Rädchens die Zahl rapide, sie erreichte im Juli 1928 schon 10 848 und im November 21 429 (1927 nur 7063). Dafür sind teilweise weniger Postpakete bis 2 Kilogramm verschickt worden.

Die badischen Lichtspiele im Konzerthaus haben das hervorragende Filmmittel „Der Kagensteg“ nach dem gleichen Roman Hermann Sudermanns neuerdings für Karlsruhe gewonnen. Schon bei der ersten Aufführung in einem hiesigen Lichtspielhaus hatte dieser Film einen vollen Erfolg zu verzeichnen, die Anziehungskraft ist auch diesmal stark; denn das Konzerthaus ist gut besucht. Ein Motiv von großer Wirkung aus der Zeit 1807 bis 1814 entwickelt sich in zahlreichen und schönen Aufnahmen. Der bekannte Romaninhalt ist für den Film meisterhaft bearbeitet; ausgezeichnet ist die Darstellung der vielen Romanfiguren. Aus diesem Rahmen treten der junge Baron von Schröden und die Magd Regina besonders hervor. Voll innerer Gestaltungskraft wird hier ein Werk lebendig, von Akt zu Akt steigert sich die Handlung, bis zum tragischen Ende. Eine schöne Musik begleitet das Ganze.

Vortrag über Säuretherapie. Im Bürgerhaus des Rathauses sprach am Freitag abend Prof. Dr. E. von Kapff, der Entdecker und Begründer der Säuretherapie, d. h. des Verfahrens zur Verhütung und Heilung von Krankheiten durch die verschiedenartige Anwendung gewisser Säuren. Die von Kapffsche Säuretherapie, die in ihrem wesentlichen Bestandteil in der Einatmung säurehaltiger Luft besteht, verdankt ihre Entstehung der rein zufälligen, praktischen Beobachtung, daß durchweg in allen Fabrikbetrieben mit säurehaltiger Luft die betreffenden Arbeiter auffallend gesund bleiben, nicht an Erkältungs- und Infektionskrankheiten, besonders auch nicht an Tuberkulose und Grippe erkranken, und ein besonders hohes Lebensalter erreichen. Arbeiter, die mit solchen Krankheiten behaftet, in diese Säurebetriebe hineinkommen, werden gesund. Auf dieser, seit Jahrzehnten bekannten, merkwürdigerweise nicht verwerteten Tatsache, baute der Chemiker Prof. Dr. von Kapff seine Therapie auf, studierte die Eigenschaften der verschiedenen Säuren, konstruierte die zur möglichst einfachen und praktischen Anwendung nötigen Apparate und richtete Säureinhalatorien für Menschen und auch für Tiere ein. In Zusammenarbeit mit einer großen Zahl von Fachärzten und Tierärzten wurde dann im Verlauf von nahezu 20 Jahren die Wirkung der einzelnen Säuren auf die verschiedenartigen Krankheiten erprobt und wissenschaftlich begründet. Auch Präparate zur innerlichen und äußerlichen Anwendung bei Hautkrankheiten und inneren Krankheiten wurden geschaffen, die u. a. bei Magen-, Darm-, Galle- und Nierenkrankheiten sich bestens bewährt haben. Ebenso ist eine einfache Körperpflege ohne Verwendung von Seife, nur mittels angesäuertem Wasser und einer sauren Hautsalbe von Prof. Dr. von Kapff eingeführt und damit die normale Funktion dieses wichtigen Organs erreicht.

Colosseumtheater. Die Welt des Zirkus, seit altersher von guter Wirkung auf das Publikum, erzeugt auch gegenwärtig beim Gastspiel Spadoni Siffers im Zuschauerraum wieder viel inaktive Begeisterung. Aber dies nicht bloß, weil von dem ersten Vorhangaufgang an bis zum Ende echt zirkusförmige Kunststücke gezeigt werden, sondern weil darunter auch wirklich respektable Leistungen sind. Da sind zunächst die beiden Schwestern Spadoni zu nennen, zwei puppenhaft schöne Frauen, deren Spezialfach zwar die Vorführung hervorragender dressierter Pferde scheint, die aber auch in manch anderer Variation ihre begabte Künstlernatur verraten. Sodann treten verschiedentlich drei spanische Clowns auf, bei deren ertümlichen Szenen eine Lachwege nach der anderen gegen die Wände des Hauses schlägt. Und ist der Nachhall des tollsten Gelächters noch kaum verklungen, so fesselt ein Zauberfünftler aufs neue die Aufmerksamkeit, oder gar ein ägyptischer Zauberer tut sich auf. Sind diese Gauklerkünste gerade vorüber, da fordert wiederum die rein künstlerische Gebärde während der ausgezeichneten gymnastischen Evolutionen der sieben Wüstenjöhne und beim Auftakt der Miff Silvia starkes Interesse, nicht minder übrigens Mademoiselle Pepita, die ihren wohlgeformten Körper zu ungläublichen Drehungen und fabelhaften Verrentungen zwingt. Volle Anerkennung verdienen weiterhin Fritz Abell, der lustige Vogelimitator, José Aribarri, der Sänger, und Jos. O. Gsch, der elegante Tänzer, sowie Mona, die Tanzdiva. In der Folge der Bilder ist es sehr hübsch, daß das Programm tatsächlich nach der Art einer Galavorstellung ums Jahr 1875 beginnt, später jedoch seine Überschrift „Aus alter Zeit in das Tempo von heute“ durchaus rechtfertigt. Man darf schon sagen, die Truppe birgt der Vorzüge viele, um selbst ein sehr anspruchsvolles Publikum zu befriedigen, und hat eigentlich die bescheidene Empfehlung, mit der ein peitschenschwingender Stallmeister jede einzelne Nummer ankündigt, gar nicht nötig. Nach der fröhlichen Stimmung, die schon bei der Premiere herrschte, zu urteilen, darf die Direktion zweifellos mit einem Massenbesuch rechnen, und sie hat mit dieser Zirkus-Variété-Revue außerdem vor allem für die bevorstehenden Feiertage sich ein Repertoire gesichert, das reichhaltig genug und außergewöhnlich zugkräftig ist.

E. Büchle Inhaber: W. Bertsch Kaiserstraße 132 Spezialhaus für

Bilder u. Einrahmungen

Gute Ausführung bei billigst. Berechnung Große Auswahl

Ausfall von Sägen. Infolge Arbeitsruhe in den meisten Pforzheimer Betrieben fielen am 24. und 25. Dezember d. J. auf Straße Karlsruhe-Rühlader einige, hauptsächlich dem Arbeiterverkehr dienenden Sägen aus.

Scharfes Vorgehen gegen das Glücksspiel. Eine Wirtschaft in der Adlerstraße wurde polizeilich geschlossen und der Wirt wegen Duldung von Glücksspielen bzw. Beihilfe hierzu festgenommen.

Badisches Landestheater. „Herr Lambert hier“, ein Schauspiel von Louis Verneuil, das am Sonntag, den 23. Dezember, im Konzerthaus, unter der Spielleitung Ulrichs von der Tend zur Erstaufführung kommt, ist ein ganz aus dem Geiste des Theaters geschaffenes Werk und in seiner Bühnenwirkung in entscheidendem Maße von der schauspielerischen Ausdruckskraft seiner Darsteller abhängig. Die beiden Hauptdarsteller sind Elisabeth Vertman und Stefan Dahlen.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Durch Vereinerung des von Westen herangezogenen Zwischenhochs mit dem baltischen Hoch ist das mittlereuropäische Hochdruckgebiet wieder hergestellt worden. Hierbei sind die Temperaturen in unserem Gebiet etwas zurückgegangen, so daß auch die Ebene heute früh wieder leichten Frost hatte. In Ostdeutschland herrscht unter dem dort ausgeprägteren Hochdruckeinfluß bereits seit einigen Tagen anhaltend strenger Frost infolge zeitweilig heiteren Wetters; in Ostpreußen wurde stellenweise 20 Grad Kälte beobachtet. Wir werden das vorwiegend trübe Wetter voraussichtlich noch behalten, da über England ein neues Teiltief erschienen ist. Aus dem gleichen Grunde wird es bei uns kaum zu einer Verschärfung des Frostes kommen. **Wetterausblick:** Fortdauer des bestehenden Witterungscharakters.

Kurze Nachrichten aus Baden

Dr. Mergentheim, 18. Dez. Gestern feierte Geh. Rechnungsrat Lampy hier in beneidenswert körperlicher Rüstigkeit und geistiger Frische seinen 70. Geburtstag. Aus dem badischen Staatsdienst herabgegangen, wurde Herr Lampy im Jahre 1890 in das Reichsversicherungsamt nach Berlin einberufen und in der Folge beim Rechnungshof des Deutschen Reichs in Potsdam verwendet. Von da erfolgte seine Entsendung in die Kolonien Südwest- und Ostafrika, wo er längere Zeit als Kommissar der Reichsfinanzverwaltung tätig war.

*** Kührmann (Lauderbischofsheim), 18. Dez.** Heute verschied nach kurzer, schwerer Krankheit im 78. Lebensjahre Altbürgermeister Kalfthar Kührmann. Volle 33 Jahre hat der Verstorbenen zum Wohl der Gemeinde segensreich gewirkt, besonders in der Kriegs- und Inflationszeit, und in der Zeit der Zwangswirtschaft sich Verdienste erworben.

Dr. Ettingen, 18. Dez. Im Hardwald bei Ettingen wurde der 51jährige Schuhmacher Georg Junger aus Karlsruhe-Beiertheim als Leiche gefunden. Es handelt sich um Selbstmord.

Dr. Bräunlingen (Amt Donaueschingen), 19. Dez. Am Montag nachmittag erfolgte eine neue Festnahme in der Bräunlinger Morbsache, die dann auf Grund verschiedener Verachtismomente die Untersuchungsbehörden zur Erlassung eines Haftbefehls veranlaßte, gegen den der Beschäftigte aber inwäsenden Beschwerde eingelegt hat. Ob die Verdachtsgründe so schwerwiegend sind, daß der erste Haftbefehl aufrechterhalten werden kann, wird die schwebende Untersuchung ergeben. Es handelt sich bekanntlich um die Ermordung eines auf der Kohlenweide bei Bräunlingen einsam lebenden Mannes, Wette.

Dr. Freiburg, 18. Dez. Aus einer Zuschrift an die „Freib. Ztg.“ geht hervor, daß sich hier eigenartige Verhältnisse zwischen Bürgerschaft und Studenten zu entwickeln scheinen. Es wird darin ausgeführt, daß schon seit längerer Zeit zwischen den christlichen und den jüdischen Studenten ein Gader bestehe, insbesondere zwischen den farbentragenden Verbindungen. Mancher Geschäftsmann habe die Nachteile, die die Folge dieses Gaders sind, schon an eigenen Leibe zu spüren bekommen. So werde der Inhaber eines Gasthofes, der nach alter guter Sitte bestrebt sei, seine Räume frei von konfessionellem und politischem Gader zu halten, boykottiert, nur aus dem Grunde, weil eine jüdische Studentenverbindung in diesen Räumen verkehre. Solche boykottartige Verbote bestehen für eine ganze Reihe von Freiburger Votalen. Der Boykott bestehe nicht zwangsweise. Infolgedessen sei auch der Senat der Universität nicht in der Lage, einschreiten zu können, aber das betreffende Votal werde gemieden. Dasselbe tiefbedauerliche Vorkommnis übertrage sich auf Konditoreien, Friseurgeschäfte und andere kaufmännische Betriebe.

Dr. Freiburg, 17. Dez. Vor dem erweiterten Schöffengericht Freiburg begann heute ein Prozeß gegen den 53jährigen Stadtrat und Rechtsanwalt Marbe, Freiburg, den 48 Jahre alten früheren Angestellten des hiesigen Versorgungsamts August Schulz, Freiburg, und den 51jährigen Rechtsanwalt Ingenieur Schiller, Freiburg, wegen Kontursvergehens, Betrugs und Unterschlagung. Die Angeklagten waren Vorstandsmitglieder bzw. Syndikus der 1924 mit dem Sitz Freiburg i. Br. gegründeten Allgemeinen Industrie- und Handels-K.G., die 1925 Konkurs machte. Dabei stellte sich heraus, daß die Buchführung außerordentlich mangelhaft war. Die Angeklagten hatten weiter verschiedene Privatsachen und Bank um recht beträchtliche Beträge unter Verschlagung falscher Tatsachen, insbesondere über die Art der Verwendung und Sicherstellung des Geldes betrogen. Rechtsanwalt Marbe hatte dabei, obwohl er wußte, daß Schiller den Offenbarungseid geleistet hatte, ihn als ganz besonders tüchtigen Kaufmann empfohlen und einer Bank gegenüber in einem Brief sich über die Bonität der K.G. in völlig irreführender Weise geäußert und fälschlich angegeben, er sei selbst mit 50 000 M am Unternehmen beteiligt. Daraufhin gewährte die Bank (es handelt sich um die Badische Hypothekensicherungsbank) einen sehr hohen Wechselkredit von 65 000 M, von denen sie nur 9000 M wiederzaf. Für die Verhandlung sind mehrere Tage vorgesehen.

Handel und Wirtschaft

Deutscher Devisennotierungen

	19. Dez.		18. Dez.	
	Gold	Devisen	Gold	Devisen
Amsterdam 100 G.	168.41	168.75	168.39	168.73
Kopenhagen 100 Kr.	111.94	112.16	111.87	112.09
Italien . . . 100 L.	21.955	21.995	21.945	21.985
London . . . 1 Pfd.	20.343	20.383	20.336	20.376
New York 1 D.	4.1900	4.1980	4.1910	4.1990
Paris 1 . . . 100 Fr.	16.40	16.44	16.39	16.43
Schweiz . . . 100 Fr.	80.78	80.84	80.79	80.85
Wien 100 Schilling	59.000	59.12	59.035	59.145
Prag . . . 100 Kr.	12.417	12.427	12.422	12.442

Altiengeellschaft für Fafer- und Zellstoff. Unter der Firma „Altiengeellschaft für Fafer- und Zellstoff (Johu-Billwiler-Verfahren)“ wurde in Zürich eine Altiengeellschaft mit einem Grundkapital von zunächst 800 000 Schweizer Franken errichtet. Zweck der Gesellschaft ist der Erwerb, der Ausbau und die Verwertung der von Diplomingenieur Johu Billwiler gemachten und ihm und Dr. Johannes Billwiler geschützten Erfindung. — Die neue Erfindung bezieht sich auf den Aufschluß von Faferstoff enthaltenden Materialien aller Art und die Gewinnung von Zellstoff aus allen Holzarten. Das Grundkapital wird in nächster Zeit schon erheblich erhöht werden. Den ersten Verwaltungsrat bilden die Herren Bankier Philipp, Berlin, Rechtsanwalt Dr. Gomburger, Karlsruhe, Diplomingenieur Johu Billwiler, Arosa, Rechtsanwalt Dr. Fied, Zürich, und Dr. Jantow, Zürich. Die Gesellschaft wird alsbald in Karlsruhe eine Zweigniederlassung errichten, welche unter der wissenschaftlichen Leitung von Professor Dr. Gled von der Technischen Hochschule Karlsruhe und unter Mitwirkung des Erfinders und der für den Bau der Apparaturen beigegebenen Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe den wissenschaftlichen und technischen weiteren Ausbau der Erfindungen fördern soll. Die Erfindungen sind bereits soweit durchgearbeitet und erprobt, daß auf einzelnen Hauptanwendungsgebieten sofort mit der fabrikmäßigen Ausnutzung begonnen werden kann.

Reinische Treuhändergesellschaft K.G., Mannheim. In der Generalversammlung wurden die Bilanzregularien einstimmig genehmigt und dem Vorstand und Aufsichtsrat Entlastung erteilt. Nach dem Generalversammlungsbeschluß kommt eine Dividende von 6 Proz. auf das eingezahlte Aktienkapital zur Verteilung. Die gegenüber dem Geschäftsjahr 1926/27 verstärkte Beschäftigung im Berichtsjahr hat sich im laufenden Jahr fortgesetzt.

Die Bremer Kalitportanlage. Die mit einem Kostenaufwand von etwa 6 Millionen Reichsmark im Bremer Industriehafen am 1. Dezember fertiggestellte Kaliumschlagsanlage wurde Freitag mittag eingeweiht und dem Verkehr übergeben. Die Gesamtanlage wird auf 30 Jahre pachtweise vom Deutschen Kalisyndikat übernommen, das wiederum mit der Betriebsführung die Kalittransportgesellschaft in Bremen beauftragt hat.

Reine J.-G. Lloyd-Dagap. Wie von der Verwaltung des Norddeutschen Lloyd mitgeteilt wird, sind die wegen der Anbahnung einer Betriebs- und Interessengemeinschaft zwischen dem Norddeutschen Lloyd und der Hamburg-Amerika-Linie geführten Verhandlungen im gegenseitigen Einverständnis abgebrochen worden.

Familien-Anzeigen
der badischen Beamenschaft finden in der
Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger
die weiteste Verbreitung

Staatsanzeiger
Dem bayerischen Pferdejuchverein in München wurde die Erlaubnis zum Losvertrieb in Baden erteilt.
Karlsruhe, den 14. Dezember 1928.
Der Minister des Innern
J. V. Föhring

Die zweite juristische Prüfung im Spätjahr 1928.
Auf Grund der im Spätjahr 1928 bestandenen zweiten juristischen Prüfung sind folgende Referendare zu Gerichtsassessoren ernannt worden:
Dr. Hermann Bar aus Mannheim, Georg Beiner aus Radolfzell, Otto Bischoff aus Kehl, Ernst Böhm aus Heidelberg, Dr. Edwin Brunn aus Mannheim, Wilhelm Budjinski aus Wanne, Josef Eiermann aus Heidelberg, Wilhelm Friederang aus Steinhilgen, Adolf Fröhling aus Vörrach, Dr. Hans Furtler aus Laub, Alfred Grombacher aus Offenburg, Otto Hämer aus Rastatt, Dr. Friedrich Herz aus Karlsruhe, Dr. Hellmut Jiele aus Konstanz, Walter Käbni aus Aßlingen, Severin Kern aus Zell i. B., Arnold Köppler aus Görwihl, Paul Meber aus Altmenshofen, Dr. Felix Oppenheimer aus Wertheim, Günther Sachofsky aus Mannheim, Dr. Josef Schmitt aus Mannheim, Werner Schönmann aus Heidelberg, Dr. Willi Siefert aus Heidelberg, Hans Spiegel aus Landersbischhofheim, Dr. Herbert Strauß aus Mannheim, Dr. Ottmar Ulrich aus Mannheim, Dr. Heinrich Witt aus Offenburg.
Karlsruhe, den 13. Dezember 1928.
Der Justizminister:
Traut.

Bekanntmachung
Errichtung der katholischen Kirchengemeinde Grötzingen.
Das Erzbischöfliche Ordinariat hat entsprechend der vom Staatsministerium mit Entschickung vom 5. November 1928 Nr. 11 112 erteilten staatlichen Genehmigung unterm 14. November 1928 (Anzeigeblatt für die Erzdiözese Freiburg Nr. 25 vom 4. Dezember 1928) für die Katholiken, die auf den Gemarkungen Grötzingen, Berghausen und Söllingen wohnen, mit Wirkung vom 1. Oktober 1928 eine selbständige, rechtspersonliche Kirchengemeinde errichtet.
Karlsruhe, den 13. Dezember 1928.
Der Minister des Kultus und Unterricht
J. V. Dr. Duber

Maus- und Kleinfeste
Nach den Meldungen der Bezirkärzte waren am 15. Dezember 1928 im Lande Baden verendet:
Amtsbezirke: Bruchsal: Gemelden: Reudorf, Dittingen.
Engen: Dachtlingen, Schingen, Mühlhausen.
Karlsruhe: Amelingen, Teutschneureut.
Kehl: Auenheim, Freiheit, Leutesheim.
Mannheim: Mannheim.
Pforzheim: Engen.
Überlingen: Gomersberg, Neufnach.
Badisches Statistisches Landesamt

Personeller Teil
Ernennungen, Versetzungen, Zurrücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten
Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern
Ernannt:
Anstaltspfarrer Johannes Trenkle an der Heil- und Pflegeanstalt Alzeau zum Anstaltsoberpfarrer, Polizeihauptmannmeister Alfred Trüller in Waldshut zum Polizeioberwachtmeister.

GEWASCHENEN
doppelt gebrochenen und gesiebten
Teerparus
liefert preisgünstig
Porphyrtwerk Dossenheim
H. VATTER
DOSENHEIM A.D.B. TEL. HEIDELBERG 4099

Bekanntmachung.
Die Büros der unterzeichneten Finanzämter sind am 21. und 31. d. M., die Finanzkassen außerdem noch am 29. d. M. geschlossen.
Karlsruhe, den 19. Dezember 1928. O.226
Die Finanzämter Karlsruhe-Stadt, Karlsruhe-Land, Durlach und Ettlingen.

Nehmen Sie bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug auf die Anzeigen in der „Karlsruher Zeitung“

Deffentliche Verbandspartasse Meersburg
Geschäftsbericht für 1927

Vermögen:	Rh.	Schulden:	Rh.
Hypotheken	614 449,02	Spar- u. Giroeinlagen . . .	712 152,34
Sonstige Darlehen	69 170,88	Aufgen. Kapitalien	134 249,67
Grundstückkaufgelder	39 540,—	Aufwertungsstf.	33 603,81
Schuldenscheindarlehen	130 814,04	Rücklagen fr. Jahre	11 216,64
Bankguthaben	1 220,73	Ausgaberrückstände	689,45
Einnahmerückstände	27 323,04	Geschäftsgewinn	9 175,95
Inventar	2 560,—		
Kassenbestand (31. XII. 27)	16 010,95		
	901 087,86		901 087,76

Meersburg, den 25. November 1928. O.228
Der Verwaltungsrat: Dr. Moll.
Der Geschäftsleiter: Karg.

Forsten- und einzige Eichenstammholzverkauf
des Forstamts Karlsruhe-Gardt:
a) Donnerstag, 3. Januar 1929, morgens 9 Uhr, im „Schützenhaus“ bei Karlsruhe: rund 640 fm Forsten.
b) Freitag, 4. Januar 1929, morgens 9 Uhr, im „Goldenen Adler“ Karlsruhe: Karl-Friedrich-Straße 12: rund 635 fm Eichen. Unter den Eichen befinden sich gute, spezialtägliche Furniere, stüde, Maßlisten und weitere Auskluft durch das Forstamt. O.227
Freihändiger Laubholzverkauf
Bad. Forstamt Radolfzell, Freitag, den 28. Dez. 1928: 5600m Rothbuchenstammholz, 6 m Hainbuchen, 157 m Eichen, 38 m Eichen, 6 m Erlen, 4 m Ahorn, Linden, Birken und Esbäeren. Losverzeihnisse durch das Forstamt Fernruf Radolfzell Nr. 246. O.230
O.229. Einsh: im a. d. El. in dem Konkursverfahren über das Vermögen des Geflügelzüchters und Kohlenhändlers Albert Frenkenberger in Bad Rappenau ist Termin zur Abnahme der Schlussrechnung, zur Beschlußfassung über die Vergütung der Mitglieder des Gläubigerausschusses und zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis bestimmt auf Mittwoch, den 16. Januar 1929, nachmittags 4 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, 17. Dezember 1928, Amtsgericht.

Colosseum
* Das neue Weihnachtsprogramm!
Spadoni Sisters
mit ihrer **Zirkus-Varieté-Revue!**
* Tägl. 8 Uhr, Sonn- und Festtags 4 und 8 Uhr, Vorstellungen
*

Korbmöbel Mercedes
Günstig ab Fabrik an Privats! Besondere Teilzahlung, Reichhalt. Katalog auf Wunsch. Mercedes, Lorchen.
Les' Bücher Wissen ist Macht!

Badisches Landestheater
Donnerstag, 20. Dezember
Volksbühne 15
Der Schwärzünftler
Lustspiel von Götz
Regie: v. d. Trenk
Mitwirkende:
Genter, Quaiser, Schreiner, Gemmede, Herz, Hiert, Just, Müller.
Anfang 19^h, Ende n. 21^h
Freie A (0,70—5,00 Rh.)
Plätze aller Preiskategorien sind für den allgemeinen Verkauf freigehalten.
Freitag, 21. Dez. Genova.
Samstag, 22. Dezember
nachmittags: **Kasperle auf Weihnachtsurlaub**. So. 23. Dez., nachm.: **Kasperle auf Weihnachtsurlaub**, abends: **Die Afrilanerin**. Im Konzerthaus: zum erstenmal: **Herr Lambert hier**. Di., 25. Dez., Die **Wettersinger** von Nürnberg. Im Konzerthaus: **Arm wie eine Kirchenmaus**. Mi., 26. Dez., nachm.: **Kasperle auf Weihnachtsurlaub**, abends: **Reinholdert**: **Boccaccio**. Im Konzerthaus: **Der Juchballkönig**.